

Nach kurzer Einführung durch den Bürgermeister nimmt Erster Beigeordneter Sterzenbach Stellung zur Beschlussempfehlung des Bauausschusses.

Dort sei eigentlich eine konventionelle Wärmeversorgung vorgesehen gewesen. Dieser Beschluss habe auf der Empfehlung durch den Fachplaner beruht. Man habe aber noch einmal die Angelegenheit beim Fachplaner hinterfragt und ihn mit einer nochmaligen Prüfung beauftragt. So sei erst vor wenigen Tagen eine vorläufige Neubewertung in Bezug auf die Wirtschaftlichkeitsprognose eingegangen. Diese stelle die Mehrkosten hinsichtlich einer Wärmepumpenversorgung positiver dar. Hinsichtlich der Gesamtprognose in Bezug auf die Folgekosten seien aber noch Details abzustimmen. Nach alledem war eine rechtzeitige Vorlage für den heutigen Rat nicht mehr möglich. Herr Sterzenbach schlägt deshalb vor, den Punkt bei der heutigen Beschlussfassung auszuklammern und den Bauausschuss mit dem Thema in dessen erster Sitzung im neuen Jahr zu befassen. Die Entscheidung des Bauausschusses könne dann auch noch als Empfehlung für den Haushalt 2009 ausgesprochen werden. Herr Sterzenbach macht deutlich, dass der weitere Planungsgang hiervon nicht beeinträchtigt werde.

Herr Langer bedankt sich bei Herrn Sterzenbach für das weitere Vorgehen in der Sache und bezieht sich hierbei auch auf die Vorberatung im Umweltausschuss. Der SchA habe sich einstimmig bei einer Stimmenthaltung für das Projekt ausgesprochen, der BA ebenfalls einstimmig. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne halte es nach wie vor auch für zwingend erforderlich. Hierbei spiele auch die Grundsituation in der Gemeinde Eitorf eine Rolle. Seine Fraktion werde zustimmen, da auch der Stellenwert des Gymnasiums und der Eitorfer Schullandschaft insgesamt gestärkt werde.

Herr Ersfeld macht deutlich, dass er sich im SchA enthalten habe. Seine Fragen hätten seinerzeit nicht zufriedenstellend beantwortet werden können. Im Beisein der Verwaltung habe er am vergangenen Montag ein eineinhalbstündiges Gespräch mit Herrn Teubler geführt. Seine Bedenken seien hierbei ausgeräumt worden.

Herr Tendler erklärt, dass die Gemeinde Eitorf heute insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung einen Kraftakt zu beschließen habe. Die Thematik sei in den Fachausschüssen intensiv diskutiert worden. Auch wenn man finanziell – im Hinblick auf die zu überarbeitende Prioritätenliste – Einbußen hinzunehmen müsse, seien die aufzuwendenden Mittel gut investiert. Das Gymnasium erhalte einen noch höheren Stellenwert. Seine Fraktion werde zustimmen, zumal er hinsichtlich der Finanzierungsvorschläge des Kämmers volles Vertrauen habe.

Herr Sonntag spricht die Deckungsvorschläge und die angesprochene Prioritätenliste an. Er habe dies mit Interesse gelesen. Allerdings wisse man ja heute noch nicht, in welchem Rahmen sich der Wirtschaftsplan 2009 bewege. Er fragt, ob man von einem ausgeglichenen Haushalt ausgehen könne und ob ein Griff in die Ausgleichsrücklage erforderlich sei.

Der Bürgermeister stellt klar, dass der Haushalt 2009 verwaltungsintern noch nicht abschließend bearbeitet sei. Zur Erläuterung des Zwischenstandes erteilt er dem Kämmerer das Wort.

Herr Strack erklärt, dass die Gemeinde Eitorf nur mit einem Griff in die Ausgleichsrücklage über einen ausgeglichenen Haushalt verfüge. So habe es auch die Planung für die nächsten Jahre vorgesehen. Zu den Planungen für 2009 möchte Herr Strack nur vorsichtig äußern. Schätze man die Situation pessimistisch ein, schreibe man Mitte nächsten Jahres ein HSK. Bei optimistischer Sichtweise wäre die alte Planung zu bestätigen. Die Wahrheit werde irgendwo in der Mitte

liegen. Man bemühe sich zur Zeit, alles aus den Rahmenbedingungen herauszufiltern, was für Eitorf umsetzbar sei. So habe es vor einer Woche eine sog. Proberechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz gegeben. Darin werde beispielsweise eingeschätzt, wie viel Schlüsselzuweisungen vom Land an die Kommunen ausgezahlt würden. Im wesentlichen seien hierbei die bekannten Prognosen bestätigt worden. Allerdings würden die zugrundeliegenden Annahmen auf den alten Steuerschätzungen basieren. Im Hinblick auf die veränderte wirtschaftliche Situation und die mögliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit würde man allerdings zur Zeit Kaffeesatzleserei betreiben, beispielsweise im Hinblick auf den Einkommenssteueranteil oder die Entwicklung der Gewerbesteuer. Weitere Unwägbarkeiten fänden sich auf der Ausgabenseite. Als Beispiel nennt Herr Strack die Diskussion um das Kreisjugendamt. Diesbezüglich gäbe es ebenfalls höchstens tendenzielle Aussagen. Ggf. müssten 600.000 bis 700.000 Euro mehr gezahlt werden. Man werde sich in jedem Falle alles daranzusetzen, auf ein Haushaltssicherungskonzept zu verzichten. Sich aus eigener Kraft über Wasser zu halten, sei allerdings ohne den Griff in die Ausgleichsrücklage nicht möglich.

Auf Frage von Herrn Sonntag wird verwaltungsseitig bestätigt, dass der Haushalt 2009 wahrscheinlich Ende Januar eingebracht werde. Diesbezüglich, so der Bürgermeister, müsse noch die Sitzungsstruktur überdacht werden. Ggf. erfolge eine Kopplung mit dem HA-Termin am 26.01.2009.

Herr Diwo macht klar, dass man mit der heutigen Beschlussfassung in die Zukunft investiere. Nachdem vom Kämmerer dargelegten Szenario könnten es nur die Schulen sein, in die investiert werden müsse. Unter Hinweis auf eine Aufwertung des Bildungsstandortes Eitorf erklärt Herr Diwo, dass die CDU-Fraktion heute zustimme.

Herr Fürst erklärt, dass die FDP dem NWZ zustimme, da die Notwendigkeit gesehen werde. Mit Blick auf die Prioritätenliste sei aber darüber nachzudenken, die Marktzufahrt zu streichen zugunsten der Erneuerung der Parkuhren. Die Instandsetzung der defekten Geräte habe bereits im vergangenen Jahr 11.600 Euro gekostet. Diese Beträge würden sich wahrscheinlich in diesem und nächstem Jahr noch erhöhen. Er stelle daher den Antrag, die Marktzufahrt zugunsten der Parkautomaten zu streichen. Auf Hinweis des Bürgermeisters, dass die Beträge nicht deckungsgleich seien, erklärt Herr Fürst, dass man schon in 2009 mit der notwendigsten Erneuerung der ersten Parkautomaten beginnen könne.

Der Bürgermeister lässt sich noch einmal bestätigen, dass dies ein Änderungsantrag zur Vorlage sei.

Auf Anmerkung von Herr Diwo, dass die Parkautomaten ja erst 2011 vorgesehen seien, erklärt der Bürgermeister, dass er eher ein Problem damit hätte, wenn die Parkautomaten in 2009 vorgesehen seien und die Marktzufahrt erst später. So gebe man erst einmal nichts aus und könne sich ggf. darauf beschränken, zunächst nur die dringendst reparaturbedürftigen Parkautomaten schon früher auszutauschen.

Herr Tandler warnt davor, jetzt extra „ein neues Fass aufzumachen“. Diese Diskussion könnte man auch im Rahmen der Haushaltsberatungen führen. Im übrigen geht er noch einmal auf das vom Kämmerer dargelegte Szenario ein. Er hoffe, dass der vom Kämmerer vorgelegte Finanzierungsvorschlag tatsächlich eine echte Beschlussempfehlung beinhalte, die nicht auf Kaffeesatzleserei basiere.

Herr Strack erklärt, dass man bei Investitionen klare Rahmenbedingungen und Beschlusslagen habe. So sollten keine neuen Schulden gemacht werden. Somit sei die Investition so wie dargestellt zu stemmen, auch wenn es weh tue. Allerdings stelle sich die Frage der Folgekosten. Hierzu habe er eine Aussage in der Vorlage gemacht.

Auf Frage von Herrn Langer hinsichtlich der Verlässlichkeit des geplanten Kostenvolumens wird verwaltungsseitig durch den Bürgermeister und den Ersten Beigeordneten klar gestellt, dass verlässliches Zahlenmaterial erst nach Abwicklung des Ausschreibungsverfahrens vorliege. Eine Garantie gebe es nicht, erklärt Herr Sterzenbach. Allerdings sei schon im Bauausschuss dargestellt worden, dass unter Einbeziehung verschiedener Parameter eine sehr sorgfältige Schätzung der Baukosten vorgenommen worden sei.

Herr Scholz fragt, ob im Rahmen der kalkulierten Gesamtkosten auch Beträge für Planung, Vermesser, Sicherheitskoordinator, Baugenehmigung, Prüfstatik etc. enthalten seien.

Herr Sterzenbach erklärt, dass in den angegebenen 2.757.225 Euro alle im Bauausschuss vorgestellten Kostensegmente enthalten seien, einschließlich der Planungskosten.

Herr Bösking fragt unter Hinweis auf erhöhte Steuereinnahmen, wie sich die Schlüsselzuweisung in den kommenden Jahren für die Gemeinde auswirke und wie weit Fehlbeträge weitergeschoben würden. In diesem Zusammenhang erinnert er an die von der Aufsichtsbehörde kritisierte Vorgehensweise der Stadt Siegburg hinsichtlich des Umgangs mit Überziehungskrediten. Die heutige Diskussion sei reine Psychologie. Wer heute etwas gegen das Kostenvolumen der Maßnahme sagen würde, sei der Gebrandmarkte. Unter Hinweis auf die Diskussion im Bauausschuss stellt er fest, dass bis heute keiner den Mut gehabt habe, den Kostenrahmen beispielsweise auf 2,5 Mio. Euro zu begrenzen. Der Haushalt 2009 habe noch nicht einmal ein Fundament und man müsse heute über 3,4 Mio. Euro entscheiden. Dies passe nicht zusammen.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Konten im Plus seien und die Aufnahme von Kassenkrediten entbehrlich gewesen sei. Die langfristige Verschuldung für Investitionen sei in den letzten Jahren minimal getilgt worden.

Herr Strack verweist darauf, dass nach heutigem Stand der Kassenbestand +2,1 Mio. Euro betrage. Mit der Eröffnungsbilanz sei man in das Jahr mit +2,5 Mio. Euro gestartet. Diese Gelder seien nach wie vor Ausfluss der Steuernachzahlungen der vergangenen eineinhalb Jahre. Ggf. seien hiervon größere Beträge in den nächsten Monaten wieder zurückzuzahlen. Kameral habe man die Altfehlbeträge abgebaut. Systembedingt gebe es diese im NKF-Haushalt überhaupt nicht mehr. Dafür gebe es nun die Ausgleichsrücklage. Im Grunde sei dies aber ein anderes Instrumentarium als die früheren Fehlbeträge. Herr Strack erklärt das System der Schlüsselzuweisungen und stellt die Prognose, dass aufgrund der bevorstehenden Wahlen bis auf weiteres keine Änderung erfolgen wird.

Herr Sonntag erklärt, dass die Ausgleichsrücklage ja eigentlich Teil des Eigenkapitals sei. Er fragt, wie sich die Ausgleichsrücklage in 2008 und 2009/2010 entwickelt.

Der Kämmerer erklärt, dass die Ausgleichsrücklage mit 6,9 Mio. Euro berechnet sei. Der Haushaltsentwurf 2008 habe vorgesehen, etwa 4,7 Mio. Euro abzubauen. Wie im

Nachtragshaushalt dargestellt, sei diese Entwicklung überholt. So seien nur noch etwa 1,7 Mio. zu entnehmen. Demnach sei die Ausgangssituation für 2009 eine andere als ursprünglich angenommen. Wie eingangs gesagt, sei eine Prognose zur Zeit noch nicht möglich und hänge von einer Vielzahl von Parametern ab.

Herr Ersfeld bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn Bösking. Er nenne es nicht „gebrandmarkt“ sondern drücke es eher so aus, dass keiner den Mut habe, die Maßnahme zu streichen, weil man sie zwar bezahlen aber sich nicht leisten könne. So jedenfalls habe er die Botschaft des Kämmerers verstanden. Baulich wie auch schulisch sei die Sache unstrittig. An den im Publikumsraum anwesenden Herrn Teubler gerichtet, sagt Herr Ersfeld, dass dieser nun eine Hypothek aufgepackt bekomme. Dieses Geld sei von Herrn Teubler gut und im Sinne der Schüler anzulegen und zu verwalten. Aus den Schülern seien Erwachsene zu machen, die diese Investition auch Wert seien.

Auf Wortmeldung von Herrn Teubler verweist der Bürgermeister auf die Formalien und stellt fest, dass im Rat kein Signal besteht, die Sitzung für eine Wortmeldung von Herrn Teubler zu unterbrechen.

Herr Müller äußert Unverständnis über den von Herrn Fürst gestellten Antrag. Dieser schlage vor, eine Maßnahme auf 2009 vorzuziehen, die eigentlich erst 2011 geplant sei. Dies bringe für die Finanzierung unter dem Strich nichts.

Der Bürgermeister fasst in Abstimmung mit Herrn Fürst den gestellten Antrag zusammen und formuliert ihn für die bevorstehende Abstimmung entsprechend. Demnach solle in 2009 keine Markzufahrt gebaut und das Geld gespart werden. Die eingesparten Mittel seien dann nach Bedarf statt dessen in 2011 – sowie ursprünglich vorgesehen - für den Ersatz von Parkautomaten eingesetzt werden.

Herr Langer bittet, vor Abstimmung über die Finanzierung zunächst über Punkt 1 des Beschlussvorschlages abstimmen zu lassen.

Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch, so dass der Bürgermeister wie folgt beschließen lässt.